

Österreichische Bischofskonferenz 31.3.-2.4.1998

Presseerklärung - Euthanasie

Von einem bestimmten Personenkreis ist in den letzten Wochen eine Diskussion unter dem Stichwort "Sterbehilfe" ausgelöst worden. Die Bischofskonferenz sieht sich deshalb veranlaßt klarzustellen, daß es sich hier in Wahrheit um eine Debatte über "Euthanasie" handelt. "Euthanasie" bedeutet absichtliche Tötung und ist daher ein schweres Vergehen.

Kein noch so barmherziges Motiv kann die Tötung eines Menschen rechtfertigen. Die Diskussion in Österreich bestätigt, was vorauszusehen war: wenn der Lebensschutz zu Beginn des Lebens nicht gesichert ist, dann wird er auch am Ende des Lebens in Zweifel gezogen.

"In Würde sterben" bedeutet nicht falsch verstandene Selbstbestimmung, so als dürfte der Mensch über sein Leben verfügen. Vielmehr bedeutet "in Würde sterben", Krankheit und Tod anzunehmen, wenn sie auf den Menschen zukommen. Der Glaube an Gott und an ein ewiges Leben, das Leben nach dem Tod, sind die Grundlage der christlichen Hoffnung und eine wichtige Hilfe um dieser Wirklichkeit unseres Lebens richtig zu begegnen. Die Krankenseelsorge war der Kirche immer ein Anliegen und muß es heute in einem verstärkten Maß sein.

Für alle, die Schwerkranken und Sterbenden beistehen, ist es eine Liebespflicht, alles nur mögliche zu tun, damit diese sich als begleitet und geliebt erfahren. Dazu ist zu überlegen, wie Menschen geholfen werden kann, in ihrer gewohnten Umgebung und nicht im Krankenhaus zu sterben. Christen haben in den verschiedenen Hospizeinrichtungen, teilweise auch in mobilen Hospizdiensten Beispielhaftes für Sterbende und deren Angehörige geleistet und entwickelt. Dieser Weg sollte weiter verbreitet und vom Staat stärker gefördert werden.

Auch von der römischen Glaubenskongregation ist bereits mehrfach klargestellt worden, daß bei unheilbar Kranken eine übertriebene Anwendung der Intensivmedizin zur Lebensverlängerung um jeden Preis nicht verpflichtend ist. Vielmehr geht es darum, durch die modernen Möglichkeiten der Schmerzlinderung auch in der letzten Lebensphase die Voraussetzungen für ein Sterben in Würde zu schaffen.

Die Bischöfe rufen auf, Versuchen zur gesetzlichen Ermöglichung der Tötung auf Verlangen von Anfang an entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen.

Österreichische Bischofskonferenz 31.3.-2.4.1998

Presseerklärung – Kirchenbeitrag

Mit ihrem Kirchenbeitrag bekunden viele Katholiken, daß Glaube und Kirche für sie ein hoher Wert sind. Für dieses Zeugnis der erwiesenen Solidarität danken wir allen Kirchenbeitragszahlern.

Manche haben Probleme mit dem Kirchenbeitrag. Sie sehen nicht immer im ausreichenden Maß die Notwendigkeit eines solidarischen Kirchenbeitrags. Aus internen Umfragen wissen wir, daß zwei Drittel der Ausgetretenen – neben anderen Gründen – den Kirchenbeitrag als Motiv für den Austritt angeben. Mit vielen dieser Katholiken hatten unsere Mitarbeiter in den Pfarren und Kirchenbeitragsstellen zuwenig persönlichen Kontakt. Das möchten wir ändern.

Eine weitere schmerzliche Realität sind gerichtliche Schritte im Zuge der Kirchenbeitragseinhebung. Durch ein Paket konkreter Maßnahmen möchten wir solche gerichtlichen Schritte nach Möglichkeit vermeiden und die Abwicklung der Kirchenbeitragseinhebung im Sinne einer nachgehenden Seelsorge verbessern. Die persönliche Kontaktnahme soll bereits zum Zeitpunkt der Beitragsfestsetzung stattfinden. Im Sinne dieser persönlichen Betreuung wird in Zukunft der Kirchenbeitrag unter Berücksichtigung der vorhersehbaren allgemeinen Teuerung für drei Jahre festgesetzt.

Innerhalb dieser Jahre kann der Kirchenbeitrag nur gesenkt, aber nicht erhöht werden.

Vor gerichtlichen Schritten soll der persönliche Kontakt gesucht werden. Es darf niemand geklagt oder gepfändet werden, der sich in einer sozialen oder wirtschaftlichen Notlage befindet.

Eine notwendige Voraussetzung für das Gelingen der intensivierten Kontaktnahme ist auch eine enge Kooperation der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter der Pfarren mit den Angestellten der Kirchenbeitragsstellen.

Die konkrete Umsetzung der genannten Maßnahmen beginnt 1999.

Österreichische Bischofskonferenz 31.3.–2.4.1998

Presseerklärung

Stellungnahme zur Menschenrechtssituation in Pakistan

Mit großer Besorgnis haben wir von unserem Mitbruder, Bischof John Joseph aus Faisalbad in Pakistan vernommen, daß religiöse Minderheiten in seinem Land durch das dort bestehende „Blasphemiegesetz“ (ein Gesetz, das bei Beleidigung des Propheten Mohammed die Todesstrafe vorsieht) einer erheblichen Diskriminierung ausgesetzt sind.

In den Händen der islamischen Fundamentalisten wird dieses Gesetz zur tödlichen Bedrohung für die Christen. Sogar, wenn nach Jahren im Gefängnis die Angeklagten freigesprochen werden, nehmen Terroristen die Vollstreckung des Todesurteils selbst in die Hand. Zahlreiche Menschen leben daher versteckt in Pakistan oder mußten das Land verlassen.

Wir möchten die Worte unseres Mitbruders zitieren, der die Situation im Rahmen des Diözesanen Pastoraltreffens im Jänner 1998 folgendermaßen beschrieb: „In Pakistan verbreiten nicht nur muslimische Extremistengruppen Gewalt und Ungerechtigkeit, sogar die Regierung unterdrückt uns gnadenlos mit Gesetzen wie ‚Todesstrafe für Gotteslästerung‘ und vielen anderen Gesetzen. Wie ist unsere Antwort? Wir sorgen auch für muslimische Leprakranke und andere Patienten in unseren Krankenhäusern. Wir geben ihnen die beste Ausbildung in unseren Schulen. Wir eröffnen Zentren für Drogenabhängige. Wenn Muslime Katastrophenhilfe nach Überschwemmungen brauchen, helfen wir ihnen beim Bau ihrer Häuser und versorgen sie mit landwirtschaftlicher Hilfe. Die Mädchen sind in unseren Nähkursen willkommen... Gleichzeitig sprechen wir uns laut und deutlich gegen Gewalt und Terrorismus aus. Die Nicht-Christen schätzen das sehr. Mehr und mehr Muslime unterstützen uns offen oder im Geheimen in unserem Kampf für Gerechtigkeit, Friede und Einigkeit.“

Wir möchten Bischof John Joseph für seinen unermüdlichen Einsatz danken und ihn und seine Brüder und Schwestern ermutigen, diesen Weg des Friedens und der Versöhnung weiter zu gehen. Gleichzeitig ersuchen wir die politischen Verantwortlichen in Pakistan dringend ihre Haltung gegenüber religiösen Minderheiten zu überdenken und das Blasphemiegesetz abzuschaffen.

Österreichische Bischofskonferenz 31.3.-2.4.1998

Presseerklärung- Papst Johannes Paul II. in Österreich

"Komm Schöpfer Geist"- unter diesem Motto wird der dritte Pastoralbesuch des Heiligen Vaters in Österreich (19.- 21. Juni 1998) stehen. Dieses Motto ist Ausdruck unserer Hoffnung auf Erneuerung der Kirche und der Gesellschaft.

Papst Johannes Paul II. hat in den letzten Monaten bei den Pastoralbesuchen in Bosnien, im Libanon, in Kuba und in Nigeria gezeigt, daß es auch in schwierigen Situationen möglich ist, ein glaubwürdiges Zeugnis für die Kraft des Evangeliums zu geben. Bei diesen Besuchen wie auch beim Weltjugendtreffen in Paris (August 1997) ist die geistliche Kraft des Petrus-Nachfolgers deutlich spürbar gewesen.

Die Bischöfe laden alle Gläubigen und alle Menschen guten Willens zur Teilnahme an den Begegnungen mit Papst Johannes Paul II. ein.

Der erste Tag des Papstbesuches in Salzburg steht im Zeichen der Besinnung auf die missionarische Aufgabe der Kirche, der zweite Tag in St. Pölten ist dem Thema Berufung gewidmet, der dritte Tag in Wien steht im Hinblick auf die Seligsprechung von drei vorbildlichen Christen dieses Jahrhunderts aus Österreich unter dem Motto "Heiligkeit".

In den nächsten Wochen wird es in den österreichischen Diözesen eine Reihe von Initiativen zur geistigen Vorbereitung auf die Begegnung mit Johannes Paul II. geben.

Wenige Tage vor der Übernahme der EU-Präsidentschaft durch Österreich weist der Besuch des Papstes auf die Brückenfunktion unseres Landes in einem Europa hin, das nach Einheit strebt, aber nach wie vor von den Folgen der langdauernden Trennung geprägt ist.

In dankbarer Erinnerung an den ersten Pastoralbesuch von Johannes Paul II. verweisen wir auf das Wort des Papstes bei der Europavesper auf dem Wiener Heldenplatz am 10. September 1983: "Ich möchte die Christen von heute an ihre gemeinsame Verantwortung für Europa erinnern und ihnen neuen Mut vermitteln zu opferbereitem Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit, für Menschenrechte und christliche Solidarität unter den Völkern."